



MONATSBRIEF UNGARN

MITTWOCH, 4. MAI 2022

Konstituierende Sitzung der Ungarischen Nationalversammlung

Am 2. Mai, fast auf den Tag genau einen Monat nach den Wahlen, fand die konstituierende Sitzung des ungarischen Parlaments statt, und nicht zufällig fiel diese auf den 2. Mai. An diesem Tag im Jahre 1990 wurde das erste freie ungarische Parlament nach dem Fall des Eisernen Vorhangs gebildet, was auch im Grundgesetz von 2011 verankert ist: Der 2. Mai 1990 gilt als der Moment der Wiedererlangung der Souveränität und Demokratie in Ungarn. Nun, 32 Jahre später, wurde die Eröffnungssitzung vom scheidenden Staatspräsident János Áder eröffnet und durch das gemeinsame Singen der Nationalhymne feierlich begleitet. Die Führung der Sitzung übernahm anschließend der Parlamentsälteste Béla Turi-Kovács. Diesem zufolge hätte sich der ungarische Wählerwille am 3. April klar für die Fortsetzung der bisherigen Regierungsarbeit ausgedrückt. „Ungarn ist gegen den Krieg und für den Frieden“, betonte Turi-Kovács. Der 86-Jährige meinte weiter, dass es zwei Symbolfiguren und Wortführer für den Frieden in Europa gäbe – Viktor Orbán und Papst Franziskus.

Orbán's erster offizieller Besuch nach den Wahlen führte ihn dann auch sogleich in den Vatikan, wo er vom Papst in einer Privataudienz empfangen wurde.

Im weiteren Verlauf der Sitzung erklärte der Vorsitzende des Nationalen Wahlausschusses, András Téglási, die Rechtmäßigkeit des Wahlablaufs und bekräftigte, dass die Wahlen ohne jegliche Störungen vonstattengegangen seien. Zugleich empfahl der Leiter des Nationalen Wahlbüros, Attila Nagy, Korrekturen hinsichtlich des Zuschnitts der Wahlkreise, da in sieben Wahlkreisen die Zahl der Wähler um mehr als 20 Prozent vom nationalen Durchschnitt abweiche. Der Wahlbericht des Nationalen Wahlausschusses wurde später von 145 Abgeordneten angenommen, 38 stimmten mit Nein, zehn enthielten sich.

Opposition boykottiert Sitzung

Anschließend leisteten 198 der 199 Abgeordneten ihren Eid ab, mit Ausnahme des unabhängigen Oppositionspolitikers Ákos Hadházy, der als Kandidat von Momentum seinen Wahlkreis in Budapest gewinnen konnte. Hadházy erklärte zuvor, dass er den Eid zu einem späteren Zeitpunkt leisten werde, jedoch „nicht tatenlos zusehen werde, wie das Parlament den Bericht des Wahlausschusses annimmt, der diese Wahl als fair und demokratisch bezeichnen wird“. Nach der Eidablegung verließen die Abgeordneten von Momentum, Párbeszéd und auch der Demokratischen Koalition den Parlamentssaal, noch vor der Rede von Präsident Áder. András Fekete-Győr, Vorsitzender der Momentum-Partei, sagte auf dem Kossuth-Platz vor dem Parlament, dass man sich aus dem inhaltlichen Teil der Eröffnungssitzung zurückgezogen hätte, „weil Ungarn ein Wahlsystem und ein Mediensystem habe, das nicht demokratisch sei“. Er betonte, dass Momentum ihre Arbeit in erster Linie außerhalb des Parlaments fortsetzen werde.

Nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse am 3. April hatte die Momentum-Führung noch einen Boykott der gesamten Eröffnungssitzung in Aussicht gestellt. Ende April revidierte der Parteivorstand die Entscheidung und gab bekannt, den Eid abzulegen und erst danach die Sitzung zu verlassen. Hadházy, darüber enttäuscht, brachte seinen Unmut über die nur halbe Boykottabsicht zum Ausdruck. Kurz darauf verkündete Momentum, dass Hadházy nicht Mitglied der Fraktion sein werde.

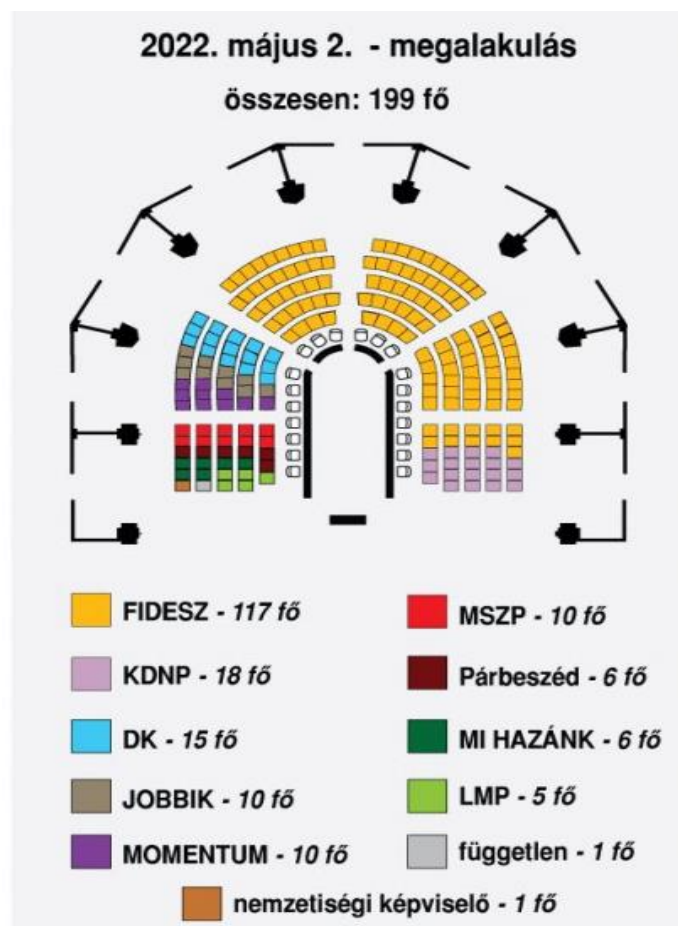
Staatspräsident Áder: „Wahlergebnis politisch und rechtlich unanfechtbar“

Noch nie seien so viele internationale Wahlbeobachter zur Kontrolle der Parlamentswahlen in Ungarn gewesen wie 2022, sagte János Áder zu Beginn seiner Rede. Auch hätte es noch nie so wenig Bemängelungen gegeben und noch nie zuvor wurden die endgültigen Wahlergebnisse so früh bekannt gegeben. „Die Entscheidung der Wähler ist politisch und rechtlich unanfechtbar und muss von allen respektiert werden. Die Legitimität der neuen Nationalversammlung und der künftigen Regierung ist unbestritten“, betonte Áder.

Am Ende seiner Rede gab János Áder bekannt, dass er Viktor Orbán gebeten habe, die neue Regierung zu bilden, was dieser angenommen habe. Áder schlug hiernach der Nationalversammlung vor, Viktor Orbán zum Ministerpräsidenten Ungarns zu wählen. Voraussichtlich wird dies in der Woche vom 16. Mai geschehen, gab Kanzleramtsminister Gulyás zuvor bekannt.

Aufteilung der Fraktionen

Die Aufteilung der Fraktionen in der Ungarischen Nationalversammlung gestaltet sich wie folgt:



Die Vorsitzenden der einzelnen Fraktionen sind: Máté Kocsis (Fidesz), István Simicskó (KDNP), Ferenc Gyurcsány (DK), Péter Jakab (Jobbik), András Fekete-Győr (Momentum), Bertalan Tóth (MSZP), Bence Tordai (Párbeszéd), László Toroczkai (Mi Hazánk) sowie Péter Ungár (LMP).

Fünf Politiker von Fidesz sind bereits seit den ersten freien Wahlen 1990 ununterbrochen Mitglieder der Fidesz-Fraktion. Zu den fünf gehören: Viktor Orbán, László Kövér, Mihály Varga, Lajos Kósa und Zsolt Németh, deren neuntes Mandat in Folge nun beginnt.

László Kövér bleibt Parlamentspräsident

Fidesz kam als größte Fraktion das Recht zu, einen Vorschlag für die Wahl des Parlamentspräsidenten zu unterbreiten. László Kövér, der dieses Amt seit 2010 innehat, wurde mit 170 Ja-Stimmen als Parlamentspräsident wiedergewählt.

Ausschüsse

Die Regierungsseite und die Opposition konnten sich im Vorfeld nicht auf die personelle Besetzung der parlamentarischen Ausschüsse einigen. Letztlich wurden die Vorschläge von Parlamentspräsident László Kövér angenommen. Hier die Liste der Ausschüsse mit den jeweiligen Vorsitzenden:

- Ausschuss für europäische Angelegenheiten: Richárd Hörcsik (Fidesz)
- Ausschuss für nachhaltige Entwicklung: László Lóránt Keresztes (LMP)
- Ausschuss für wirtschaftliche Angelegenheiten: Erik Bánki (Fidesz)
- Ausschuss für Verteidigung und innere Sicherheit: Lajos Kósa (Fidesz)
- Justizausschuss: Imre Vejkey (KDNP)
- Haushaltsausschuss: Zoltán Vajda (Fidesz)
- Kulturausschuss: László Pószán (Fidesz)
- Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten: Zsolt Németh (Fidesz)
- Ausschuss für Immunität: János Hargitai (KDNP)
- Landwirtschaftsausschuss: Sándor Font (Fidesz)
- Ausschuss für nationale Sicherheit: Zoltán Sas (Jobbik)
- Nationaler Kohäsionsausschuss: Károly Pánczél (Fidesz)
- Ausschuss für Unternehmensentwicklung: István Apáti (Mi Hazánk)
- Gesetzgebungsausschuss: Csaba Hende (Fidesz)
- Ausschuss für die nationalen Minderheiten Ungarns: Imre Ritter (Abgeordneter der deutschen Minderheit)

Der Vorsitzende des Ausschusses für das nationale Wohlergehen steht noch nicht fest.

Regierungsbildung – Was ist bisher bekannt?

Die Regierungsbildung wird für die Woche ab dem 16. Mai erwartet, bislang ist von offizieller Seite noch wenig über die personelle Besetzung der ungarischen Exekutive bekannt, lediglich zwei Politiker wurden in diesem Zusammenhang bereits erwähnt. Ministerpräsident Orbán äußerte sich Journalisten gegenüber Anfang April, er wolle, dass Péter Szijjártó auch in der neuen Regierung das Amt des Außenministers bekleidet. Auf die Frage nach der politischen Zukunft von János Lázár schloss Orbán eine Rückkehr des ehemaligen Kanzleramtsministers in die Regierung nicht aus. Lázár hatte im Wahlkreis

Csongrád 4 mehr Stimmen gewinnen können als sein Herausforderer Péter-Márki Zay, der als Spitzenkandidat der Opposition eine doppelte Blamage einstecken musste.

Traut man den Medienberichten, lassen sich jedoch schon Vermutungen für den einen oder anderen Posten anstellen. Die linksliberale Zeitung Népszava berichtete Ende April, dass Miklós Kásler, Minister des Ministeriums für Humanressourcen, ein Abschied von seinem Posten bevorstehen könnte – nicht auszuschließen ist eine Auflösung des gesamten Ministeriums. Miklós Szócska, der in der zweiten Orbán-Regierung Gesundheitsminister war, könnte wieder die Leitung der Gesundheitspolitik übernehmen. Die Einrichtung eines eigenen Gesundheitsministeriums bezeichnete Kanzleramtsminister Gulyás hingegen ablehnend als Teil einer „linken Kampagne“.

Innenminister Sándor Pintér dagegen wurde eine weitere Amtszeit prophezeit, auch Finanzminister Mihály Varga könnte Népszava zufolge in seinem Amt bleiben, jedoch mit weniger Zuständigkeiten, die sich auf Steuer- und Haushaltsfragen beschränken würden. Népszava munkelt, dass die Koordinierung der Wirtschaftsstrategie, der Energiefragen und der Entwicklung einem neuen Ministerium übertragen werden könnte, das vom wirtschaftspolitischen Gesandten des Ministerpräsidenten, Márton Nagy, der zwischen 2015 bis 2020 Vizepräsidenten der Zentralbank war, geführt werden könnte.

Des Weiteren, so Népszava, sei davon auszugehen, dass Gergely Gulyás Kanzleramtsminister bleiben wird. Auch László Palkovics dürfte Medienberichten zufolge weiterhin das Ministerium für Innovation und Technologie leiten, das auch für die Hochschulbildung verantwortlich ist, gleichwohl es Veränderungen hinsichtlich der Zuständigkeit für Bildungs- und Kulturfragen geben könnte.

24.hu spekulierte zudem, dass der vormalige Außenminister und EU-Kommissar Tibor Navracsics als EU-Minister an der Spitze eines neuen Ministeriums in die Regierung zurückkehren könnte. Gemutmaßt wurde auch bei Blikk: die Boulevardzeitung berichtete, dass die EP-Abgeordnete Kinga Gál die Nachfolge der früheren Familienministerin Katalin Novák antreten könnte.



Die vierte Regierung Orbán

Rechtsstaatsmechanismus – Brief an die ungarische Regierung

Im Streit um das Rechtsstaatlichkeitsverfahren zwischen der Europäischen Kommission und Ungarn gibt es neue Entwicklungen. Nachdem zuvor bereits die Einleitung des Rechtsstaatlichkeitsverfahrens gegen Ungarn angekündigt wurde, hat sich der EU-Kommissar für Haushalt und Verwaltung Johannes Hahn, im Namen der Europäischen Kommission, am vergangenen Mittwoch, dem 27. April, in einem Brief direkt an die ungarische Regierung gewandt und damit das Verfahren gegen Ungarn offiziell eingeleitet. Damit wird ein sechs- bis neunmonatiger Prozess in Gang gesetzt, an dessen Ende der Rat der EU, bestehend aus den Regierungschefs der Mitgliedsstaaten, über die Teilsuspendierung von EU-Fördergeldern entscheidet, sollte ein ungarischer Rechtsstaatlichkeitsbruch in Verbindung mit der Verwendung dieser festgestellt werden. Der Prozess sieht zunächst eine ungarische Stellungnahme zu den Kritikpunkten vor, woraufhin das Land die Möglichkeit erhält, Maßnahmen zur Beseitigung der, aus Sicht der EU, bestehenden Missstände zu ergreifen. In der anschließenden Ratsabstimmung unter Ausschluss Ungarns, müssen mindestens 15 Länder mit 65 Prozent der EU-Bevölkerung zustimmen, ob und in welchem Umfang Sanktionsmaßnahmen getroffen werden.

Kritisiert werden im Brief der Kommission besonders Anomalien im öffentlichen Beschaffungswesen, Unregelmäßigkeiten beim Verkauf landwirtschaftlicher Flächen und Mängel bei der Zusammenarbeit mit dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF). Die ungarische Justizministerin Judit Varga bestätigte noch am selben Tag via Facebook den Erhalt des Briefes und stellte eine fristgerechte Antwort binnen drei Monaten in Aussicht, da Ungarn immer offen für einen konstruktiven und gegenseitig respektvollen Dialog sei.

Ein ausführlicher Kommentar über die Einleitung des Rechtsstaatsmechanismus gegen Ungarn erschien vor Kurzem aus der Feder des Leiters der MCC Medienschule, Boris Kálnoky. „Wie die EU Orbán bezwingen und die Visegrád-Gruppe spalten will“ lesen Sie bei [Tichy's Einblick](#).

Orbán antwortet auf Scholz' Gratulationsschreiben

Noch in der Wahlnacht am 3. April erhielt Viktor Orbán eine Gratulation vom polnischen Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki und Lega-Chef Matteo Salvini, kurz darauf folgte ein Schreiben des russischen Präsidenten Wladimir Putin. Das Bundeskanzleramt ließ sich hierbei etwas mehr Zeit. Olaf Scholz richtete in einer E-Mail vom 22. April, fast drei Wochen nach dem Wahlsieg von Fidesz-KDNP, seine Zeilen des Glückwunsches an Viktor Orbán.

Orbán hat sich wenige Tage später in einem Brief an Bundeskanzler Olaf Scholz für die Gratulation bedankt. Der ungarische Ministerpräsident betonte darin die Wichtigkeit der Kooperation, die von strategischer Bedeutung sei: „Europa steht heute vor Herausforderungen, die eine auf gegenseitigem Respekt beruhende Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten noch wichtiger machen als bisher“, schrieb Orbán, wie sein Pressesprecher mitteilte.

Preisregulierungen bis Juli fortgesetzt

Die Folgen des Ukraine-Krieges machen sich auch in den Geldbörsen der Ungarn bemerkbar. Im März 2022 waren die Verbraucherpreise um 8,5 Prozent höher als ein Jahr zuvor und brachen damit einen weiteren 15-Jahres-Rekord nach 7,4 Prozent im Dezember, 7,9 Prozent im Januar und 8,3 Prozent im Februar mit sich, wie das ungarische Zentralamt für Statistik (KSH) kürzlich mitteilte. Die Prognosen rechnen mit einer Inflation von 8,6 Prozent im April. Um die Auswirkungen der Inflation auf die Verbraucher abzdämpfen, kündigte die ungarische Regierung an, die Preisdeckelungen für Treibstoffe und Grundnahrungsmittel zunächst bis zum 1. Juli 2022 zu verlängern. Der Preisstopp gilt für Diesel und E10-Benzin, sowie für die folgenden Lebensmittel: Kristallzucker, Weizenmehl, Sonnenblumenöl, Milch und ausgewählte tierische Produkte, wie Schweinekeulen, Hühnerbrust, Hühnerflügel und Hähnerrücken. Diese staatlichen Preisobergrenzen sollen die Gesamtinflation bisher um 3 bis 4 Prozentpunkte gesenkt haben.

Die Regierung hat sich ebenfalls dazu entschlossen die ungarischen Renten anzuheben, da für das Jahr 2022 mit einer Inflationsrate von bis zu 8,9 Prozent gerechnet wird und diese die fünfprozentige Rentenerhöhung vom Beginn des Jahres deutlich übersteigt. Damit löst die Regierung ein früheres Versprechen ein und wird die Rentenbezüge ab Juli 2022 um weitere 3,9 Prozent anheben. Diese Rentenerhöhung wird ebenfalls rückwirkend für die erste Jahreshälfte ausgezahlt.

Corona-Situation Anfang Mai

Seitdem am 7. März 2022 in Ungarn sämtliche Corona-Sonderregelungen aufgehoben wurden, findet sich das Thema kaum noch in den medialen Schlagzeilen wieder. Tatsächlich sind trotz eines letzten Aufbäumens der mit dem Virus in Verbindung gebrachten Todesfälle Ende März die Fallzahlen kontinuierlich sinkend. Anfang Mai wurden durchschnittlich täglich etwa 1.300 Fälle registriert, die Zahl der täglichen an oder mit dem Coronavirus verstorbenen schwankte zuletzt zwischen 20-30. Dass die Coronapandemie in Ungarn in der öffentlichen Wahrnehmung praktisch vorbei ist, zeigt nicht nur, dass nur wenige eine Maske tragen, sondern auch die seit Ende März annähernd zum Stillstand gekommene Impfkampagne.

Neuigkeiten vom Deutsch-Ungarischen Institut

Veranstaltungen im April

Klaus-Rüdiger Mai, Schriftsteller und Publizist, war für zwei Monate als **Visiting Fellow** zu Gast beim Deutsch-Ungarischen Institut. Im April hielt Dr. Mai Vorträge in Budapest, Szekszárd und besuchte auch die ostungarische Großstadt Debrecen. Lesen Sie hier die Berichte zu den Veranstaltungen [„Was passiert in Deutschland? 100-Tage-Bilanz der Scholz-Regierung“](#), [„Deutschland im Umbruch: Gesellschaft, Kultur, Politik“](#) und [„Die Große Transformation: Ist eine Reform des Kapitalismus notwendig?“](#).



Klaus-Rüdiger Mai und Bence Bauer diskutieren den Paradigmenwechsel in der deutschen Politik

Veranstaltungen im Mai

Nordrhein-Westfalen, das bevölkerungsreichste und wirtschaftlich stärkste Bundesland, **wählt am 15. Mai einen neuen Landtag**. Vor diesem Hintergrund veranstaltet das Deutsch-Ungarische Institut am **Sonntag, den 15. Mai, ab 17.00 Uhr** einen **Wahlabend mit Live-Übertragung** im Scruton-Café des Mathias Corvinus Collegiums. Mehr Informationen und die Möglichkeit zur Registration finden Sie unter folgendem [Link](#).

Veröffentlichungen

Unsere **Analyse der Endergebnisse der Wahlen** zur Ungarischen Nationalversammlung vom 3. April mit allen wichtigen Zahlen und Fakten erreichen Sie auf unserer [Homepage](#).

Ohne einen Zugang zur Sprache kann es eine echte Herausforderung sein, verlässliche Fakten über Ungarn zu finden. Daher stellen wir im Rahmen unserer **Forschungsreihe „Faktenwissen über Ungarn“** Hintergrundinformationen über verschiedene Themen zur Verfügung, die für das bessere Verständnis des Landes wichtig sind. Besonders aktuell sind unsere Dossiers über [„Die Situation der ungarischen Minderheit in der Karpatenukraine“](#) sowie über die [„Energiepolitik in Ungarn“](#). Des Weiteren im April erschienen ist ein ausführlicher Faktenwissenaufsatz über die ungarische [Erinnerungspolitik](#) und ein Überblick über die Geschichte und Situation der [Minderheiten in Ungarn](#).

Weitere Aufsätze folgen alsbald, halten Sie hierfür unsere Website mit der [Rubrik Forschung](#) im Blick.

„Die meisten Deutschen wären peinlich berührt, würde man ihnen sagen, sie verträten in Sachen Ukrainekrieg im Wesentlichen die ungarische Position.“ – MCC-Visiting Fellow **Prof. Dr. Werner Patzelt** gab dem Online-Portal [UngarnHeute](#) ein Interview, in dem er seine Ansichten über die ungarische Politik, die deutsch-ungarischen Beziehungen und die aktuelle Lage teilt.

In seinem Kommentar „[Ungarische Impressionen](#)“ schreibt **René Nehring**, Chefredakteur der **Preußischen Allgemeinen Zeitung**, über den Ausgang der ungarischen Parlamentswahlen und deren Bedeutung für Europa.

„Vielen Deutschen ist es schlicht unerklärlich, dass eine akzentuiert konservative Politik einen so breiten gesellschaftlichen Widerhall findet wie in Ungarn.“ – meint **Bence Bauer** in seinem Artikel **Auswirkungen der Parlamentswahlen auf die deutsch-ungarischen Beziehungen** in der [Budapester Zeitung](#).

Der **Monatsbrief Ungarn** wird auch in der Folge immer am ersten Mittwoch des Monats in Ihrem E-Mail-Fach zu finden sein.

Impressum: Deutsch-Ungarisches Institut für Europäische Zusammenarbeit

Direktor: Bence Bauer

Zuständige Mitarbeiter: Martin Josef Böhm, Tristan Csaplár, Alexander Rasthofer

Büro: 1113 Budapest, Tas Vezér u. 3-7

Postadresse: 1518 Budapest, Pf. 155

Web: <https://www.deutsch-ungarisches-institut.hu/>

E-Mail: mni@mcc.hu